

Substanzielles Protokoll 131. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 21.00 Uhr bis 23.40 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|------|-----------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 10. | <u>2016/305</u> | Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-
budgetantrag | FV |
| 15. | <u>2016/430</u> | E Postulat der SP-, FDP- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und
Organisationen aus den Quartieren, Vermeidung von Doppel-
spurigkeiten und Konkurrenzsituationen | VS |
| 15a. | <u>2016/449</u> | A Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom
14.12.2016:
Auflösung der Abteilung Quartierkoordination | VS |
| 19. | <u>2016/435</u> | A Postulat der GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Einführung von Schulsekretariaten für die Schulleitungen,
Kompensation durch einen entsprechenden Abbau von admini-
strativen Ressourcen im Schul- und Sportdepartement | VSS |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 130, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 207.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist der Sozialstaat, der die Menschen im Mittelmeer zu Hunderten in den Tod lockt. Es ist ein grosser Widerspruch und eine grosse Tragik, dass die angeblich an Leib und Leben Bedrohten erst dann tatsächlich bedroht sind, wenn sie sich aufs Mittelmeer begeben, um in den europäischen Sozialstaat zu gelangen. Das Sozialangebot verursacht den Migrationsdruck. Man könnte zahlreiche Projekte in Afrika umsetzen, wenn die Milliarden von Franken, die an die Schlepper bezahlt werden, lokal investiert würden. Wenn die Schweiz den Sozialstaat für die Sozialstaat-touristen ausbaut, kommen nur noch mehr Personen hierher. Will man eine Politik der Humanität verfolgen, muss man selbstverständlich auch bei den besonderen städtischen Integrationsleistungen kürzen. Wir beantragen deshalb eine Kürzung von 1,29 Millionen Franken.*

Felix Moser (Grüne): *Ich bin überzeugt, dass die Flüchtlinge nicht wegen der Angebote der AOZ in die Schweiz kommen. Der Krieg in Syrien findet nicht statt, weil die AOZ besondere städtische Integrationsleistungen bietet. Bei den besonderen städtischen Integrationsleistungen geht es darum, dass für die Flüchtlinge – darunter Jugendliche und Minderjährige – hinsichtlich einer besseren und rascheren Integration Deutschkurse oder andere Angebote zur Verfügung stehen. Die Mehrheit der RPK bittet um Zustimmung zu diesem Kredit.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Felix Moser (Grüne) sprach von Syrien und von Minderjährigen. Bei den Zahlen der AOZ ist jedoch ersichtlich, dass von den minderjährigen Unbegleite-*

ten, die mit Spezialintegrationsleistungen betreut werden, weniger als 10 % aus Syrien stammen.

Samuel Balsiger (SVP): Sobald die Linken einer Diskussion wie dieser ausgesetzt werden, kommen sie mit ihren Totschlagargumenten von Syrien. In Syrien findet zwischen dem Regime und den Islamisten ein brutaler, unmenschlicher Krieg statt, der jede Dimension an Brutalität sprengt. Das hat aber wenig zu tun mit der Asylpolitik in der Schweiz. Das Leid und der Krieg werden von den Linken benutzt, um im Gemeinderat in Zürich ihre Totschlagargumente durchzubringen. Würden sie sich mehr überlegen und hätten sie etwas Anstand, würden sie sich nicht so äussern.

Simon Kälin (Grüne): Ich bin schockiert über das Votum der SVP. Hier wird Zynismus produziert. Wir teilen dieses Weltbild nicht. Die Grünen sind von der humanitären Tradition der Schweiz überzeugt. Zürich leistet im Bereich der Flüchtlingsarbeit durch die AOZ sehr gute Arbeit. Wir lehnen den Antrag ab.

Samuel Balsiger (SVP): Es sind kaum syrische Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, sondern vor allem Eritreer. Das Leid wird im Gemeinderat als Totschlagargument vorgeschoben. Dies ist Zynismus pur. Es wird eine unmenschliche Politik betrieben.

S. 337 55 SOZIALDEPARTEMENT
5500 Sozialdepartement Zentrale Verwaltung
3650 0303 Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
207. Antrag Stadtrat			3 466 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	1 290 000		2 176 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2016, da Asylkosten ins Uferlose wachsen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 38 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 208.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Die Stiftung Domicil soll mit dem vorliegenden Antrag für die Jahre 2017 bis 2020 jährlich mit einem leistungsabhängigen Maximalbetrag von 751 000 Franken unterstützt werden. Damit erhöht sich der jährliche Maximalbetrag von 575 000 Franken um 176 000 Franken auf 751 000 Franken. Die Stiftung arbeitet zu einem grossen Teil für Migrantinnen und Migranten, die kaum einen Mietvertrag oder eine Hausordnung lesen können, dagegen sehr rasch lernen, wie unser Sozialsystem funktioniert. Bestünde der überwiegende Anteil der Sozialhilfeempfangenden aus einheimischen Familien mit Kindern, könnte man darüber diskutieren. Da diese aber nur einen kleinen Teil ausmachen, sieht es anders aus. Die Stadt kann nicht überall den

Retterungsring für alle erdenklichen wohnungssuchenden Zuwanderer spielen. Das permanent wachsende Sozialsystem erfordert immer mehr Geld. Für viele Steuerzahler ist es angesichts der absehbaren Finanzschiefelage bereits zu viel. Auch der Begriff «angemessene Wohnung» wird immer mehr strapaziert. Hier wäre mehr Zurückhaltung und Einschränkung angebracht. Da die neue Weisung 2016/353 derzeit in der Kommission bearbeitet wird, ist der Kommissionsantrag noch pendent. Wir beantragen die Streichung der vorgesehenen Erhöhung von 176 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Die Weisung ist wie erwähnt in der Kommission pendent. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass wir den Kommissionsentscheid nicht vorwegnehmen müssen. Die Kommission soll entscheiden, wie hoch der Beitrag sein soll, der gesprochen wird. Wir bitten deshalb darum, für den Moment mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 338	55 5500 3650 0366	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Domicil				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
208.	Antrag Stadtrat				751 000	Mehrheit
			176 000		575 000	Minderheit
			Begründung:	Neue Weisung in der Kommission pendent. Vorgesehene Erhöhung streichen		
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 209.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Alexander Brunner (FDP): Wir sind grundsätzlich nicht gegen Frauenprojekte. Allerdings ist dieser Budgetposten unserer Ansicht nach dem falschen Departement zugeordnet. Auch wurden die Projekte nicht besonders rege genutzt. Sie wären bei einer anderen Fachstelle oder Organisation, etwa bei der Fachstelle für Gleichstellung, besser aufgehoben. Aus unserer Sicht kann der Betrag guten Gewissens gestrichen werden.

Felix Moser (Grüne): Ich bin irritiert, dass die FDP das Geld der Fachstelle für Gleichstellung zur Verfügung stellen will und gleichzeitig die Fachstelle in einem später folgenden Antrag abschaffen will. Es handelt sich um einen Kredit im Sozialdepartement für Frauenprojekte, bei dem sich die Frauen bewerben müssen. Der Kredit wird unterschiedlich genutzt. Vor zwei Jahren fand bereits eine Kürzung statt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der Betrag richtig ist.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Der Betrag überstieg in den letzten Jahren nie 2000 Franken und wurde meistens dann genutzt, wenn man Beträge sonst nirgendwo verbuchen konnte. Es braucht diesen Betrag nicht.

S. 339	55 5500 3650 0460	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Freier Kredit für Frauenprojekte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
209.	Antrag Stadtrat				25 200	Mehrheit
			25 200		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Genügend andere Mittel vorhanden, wurde auch kaum genutzt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 210.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht um Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten. Aufgrund der finanziell angespannten Lage der Stadt beantragen wir eine Kürzung des vorgesehenen Betrags um 7 259 700 Franken auf 66 940 300 Franken. Die Einsparungen sollen mit einer Sofortmassnahme zur Kostensenkung erreicht werden, um ein drohendes finanzielles Defizit zu reduzieren. Insbesondere ist auf Subventionen zu verzichten. Wir fordern den Stadtrat auf, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

Felix Moser (Grüne): Kinderbetreuung und insbesondere ein Angebot an subventionierten Plätzen sind wichtig und in der Gemeindeordnung verankert. Von den subventionierten Plätzen profitieren Familien und Alleinerziehende, aber auch die Wirtschaft. Subventionen werden nur gesprochen, wenn beide Elternteile arbeiten. Dadurch ist sichergestellt, dass die Subventionen nachhaltig wirken. In Zürich kann fast allen Familien, die einen Platz benötigen, ein Platz angeboten werden. Es gibt einen geringen Nachfrageüberhang. Dieser wird jedoch bald abgebaut werden. Das ist ein schöner Erfolg für Zürich. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass das System der subventionierten Plätze bei der Kinderbetreuung weitergeführt werden soll.

S. 339	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Zentrale Verwaltung				
	3650 0660	Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
210.	Antrag Stadtrat				74 200 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			7 259 700		66 940 300 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Keine Subventionierung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 211.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Die vorliegende Position ist in den letzten Jahren stets angestiegen. Der Stadtrat hat die geplanten Mehrausgaben auf dieser Position begründet. Die Minderheit ist allerdings der Meinung, dass diese Erhöhung reduziert werden könnte. Wir schlagen eine Kürzung von rund 50 % auf die Erhöhung vor, da unserer Meinung nach 13 Millionen Franken effektive Lohnkosten ausreichen sollten.

Felix Moser (Grüne): Beide Anträge sind im Budgetbuch begründet. Es geht im einen Fall um eine Stellenübertragung, die bereits bei den letzten Zusatzkrediten genehmigt wurde. Der andere Fall betrifft eine Stellenübertragung, die jetzt stattfindet. Die Stellen wurden oder werden an einem anderen Ort reduziert.

S. 341	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5510	Support Sozialdepartement				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
211.	Antrag Stadtrat				13 101 900 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			101 900		13 000 000 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: 50 % der Budgeterhöhung müssen ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 212.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Wir haben schon im letzten Jahr verlangt, dass das Laufbahnzentrum in das kantonale Netz der Berufsinformationszentren integriert wird, da es keine Kernaufgabe der Stadt Zürich ist, ein Laufbahnzentrum zu führen. Mit diesem Kürzungsantrag unterstreichen wir unsere Forderungen diesbezüglich und verlangen eine Kürzung um 10 062 400 Franken. Für die Stipendienabteilung, die von der Stadt geführt werden muss, bleiben 306 200 Franken übrig.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass das Laufbahnzentrum eine wichtige Aufgabe in der Stadt innehat, indem es Berufsberatung für Jugendliche anbietet und weitere Aufgaben wahrnimmt, teilweise auch im Auftrag des Kantons im Rahmen einer Leistungsvereinbarung. Deshalb sind wir gegen eine Kürzung und gegen eine Schliessung des Laufbahnzentrums.

S. 346	55 5520 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Laufbahnzentrum Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
212.	Antrag Stadtrat				10 368 600	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			10 062 400		306 200	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Ausgliederung des Laufbahnzentrums ins kantonale Berufsinformationszentren-Netz			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 213.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK beantragt, den gesamten Posten auf einen Betrag von 20 000 Franken zu senken. Auf dem Konto des Laufbahnzentrums sind 25 000 Franken für eine externe Begleitung von Retraiten der Geschäftsleitung budgetiert. Dieser Betrag fällt aus Sicht der RPK zu hoch aus. Sie beantragt deshalb eine Reduktion auf maximal

10 000 Franken. Mit einer entsprechenden Umschichtung des Budgetpostens, der für Diverses eingestellt ist, oder mit einem weiteren Budgetposten Reorganisation sollte dieser Posten mit einem reduzierten Betrag umsetzbar sein.

S. 347	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5520	Laufbahnenzentrum				
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
213.	Antrag Stadtrat		25 000		45 000 20 000 Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Retraite auf Fr. 10 000 kürzen und/oder umschichten von Diverses			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 214.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Als die Vormundschaftsbehörde durch die KESB ersetzt wurde, wurde argumentiert, mit der KESB werde alles besser, die Mitarbeitenden seien besser qualifiziert und könnten besser arbeiten als die Laienbehörden. Wir stellen jedoch fest, dass über eine halbe Million Franken für externe Gutachten ausgegeben wurde. Die KESB müsste unserer Meinung nach die meisten Aufgaben amtsintern bewältigen können, da sie nun über offenbar besser qualifizierte Mitarbeitende verfügt. Wir sind der Ansicht, dass man die 520 000 Franken streichen könnte.

Felix Moser (Grüne): Der grösste Teil der Gutachten, die die KESB durchführen muss, ist gesetzlich vorgeschrieben und muss von Ärzten oder Psychiatern und dergleichen erstellt werden. Die KESB verfügt meines Wissens über keine eigenen Ärzte. Es ist sinnlos, diesen Betrag zu streichen.

S. 350	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde				
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
214.	Antrag Stadtrat				2 600 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

520 000

2 080 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick
(SVP)

Begründung: Keine externen Gutachten, interne Synergien nutzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 215. bis 216a. (Postulate GR Nr. 2016/430 und 2016/449)

Stephan Iten (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/449 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 216a. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Stephan Iten (SVP) stillschweigend zu.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP) kürzt den Antrag der Minderheit auf 50 000 Franken: Wir haben uns näher mit dem Thema befasst. Die Quartierkoordination dringt zunehmend in mehr Bereiche vor und ermuntert die Leute, Eigeninitiative zu ergreifen. Es gibt diverse Überschneidungen, insbesondere mit den ehrenamtlich tätigen Quartiervereinen. Bei einzelnen Quartiervereinen sind Konkurrenzsituationen vorhanden, die aus unserer Sicht nicht existieren dürften. Man sollte die ehrenamtliche Tätigkeit im Quartier nicht mit einer staatlichen Stelle konkurrenzieren und dabei die Ansicht vertreten, man könne die Quartierbevölkerung gegenüber der Stadt wie eine Dienstabteilung vertreten. Strebt man zum Beispiel für eine Buslinie eine andere Linienführung an und bringt dies über eine Dienstabteilung der Stadt an, wird man feststellen, dass keine vollständig unabhängige Betrachtungsweise besteht. Zu klären sind insgesamt die Schnittstellen zwischen den Dienstabteilungen und den Quartiervereinen sowie weiteren ehrenamtlich tätigen Vereinen. Wir haben uns darauf fokussiert, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Uns geht es bei der Quartierkoordination nicht darum, das Budget der Stadt zu retten. Wir wollen ein Zeichen setzen. Wir wollen eine Plafonierung der Ausgaben erzielen. Wir fanden uns mit der GLP bei 100 000 Franken. Leider verabschiedete sich die SVP danach von der Diskussion. Ich bedauere dies sehr. Wir hätten erwartet, dass man gemeinsam versucht etwas zu erreichen, gerade wenn es um den Nanny-Staat geht. Die Situation hatte allerdings auch einen positiven Effekt. Dadurch, dass wir plötzlich wieder ohne Mehrheit waren, haben wir uns mit der SP gefunden und kamen zu einer Lösung. Wir reduzieren diesen Antrag um 50 000 Franken. Es handelt sich um eine kleine Reduktion. Wir beantragen dafür grossmehrheitlich mit den Postulaten, dass die Schnittstellen überprüft werden. Damit bewirken wir das stärkere Signal in die Verwaltung. Für uns ist das eine gute Lösung. Es geht nicht darum, dass man die Stadt mit diesem Betrag zu Tode spart. Es muss eine Schnittstellenüberprüfung stattfinden, dahingehend, dass die Quartierkoordination eher verkleinert als ausgebaut wird. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Die SVP schiebt nun ein seltsames Postulat nach, bei dem von Beginn an klar war, dass es keine Mehrheit erhält. Wir konnten zusammen mit der SP ein Zeichen setzen, mit dem wir erreichen können, dass der Stadtrat in einen Zugzwang gebracht wird, so dass die die Koordination in unserem Sinne umgesetzt wird.

Felix Moser (Grüne): Ich spreche diesmal nicht als Sprecher der Mehrheit, sondern für die Grünen und die AL. Wir hätten uns dem Vorschlag des Stadtrats angeschlossen. Wir halten es für ein seltsames Vorgehen, dass man einerseits eine Überprüfung der

Schnittstellen verlangt und gleichzeitig die Stellen kürzt. Wenn man eine Stellenkürzung anstrebt, sollte dies erst geschehen, nachdem die Schnittstellen überprüft worden sind. Zu den Aufgaben der Quartierkoordination werde ich mich nicht weiter äussern.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2498/2016): *Wir gingen pragmatisch und ergebnisoffen an die Angelegenheit heran. Der Zusammenhang, wie die Quartierkoordination an die Öffentlichkeit geriet, ist unter anderem auch gegeben durch die Weisung, die noch in der Spezialkommission PRD/SSD pendent ist. In der Weisung geht es um den Beitrag der Stadt an die Finanzierung der Quartiervereine. Der Stadtrat hat angekündigt, dass die Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem Quartier, im Speziellen mit den Quartiervereinen überprüft werden soll im Hinblick auf die übernächste Beitragsperiode. Das ist unserer Meinung nach sinnvoll. Hier einen konkreten Auftrag mitzugeben, wäre vermutlich im Rahmen der Diskussion über diese Weisung besser platziert gewesen. Es wurde jedoch deutlich, dass mit dem Antrag zu rechnen war. Damit wir in der Überprüfung der Zusammenarbeit an den Schnittstellen mit den Organisationen in den Quartieren so ergebnisoffen wie möglich bleiben können, war es eines unserer Ziele, dass man nun nicht im grossen Stil bei der Quartierkoordination eingreift. Der Kürzung von 50 000 Franken können wir ohne Begeisterung, aber im Sinne der Sache zustimmen. Das Postulat der SVP findet bei uns keinerlei Unterstützung. Unser Votum von heute ist kein Votum gegen die Quartierkoordination. Sie leistet sehr wertvolle Arbeit in den Quartieren. Für uns ist der politische «Auftrag» von Bedeutung. Wir wollen die Überprüfung der Schnittstellen unter den Titel der Unterstützung der Eigeninitiative in den Quartieren stellen. Es ist uns aber auch wichtig, dass man die Zusammenarbeit sucht mit Organisationen, die eine gewisse Repräsentativität in den Quartieren gewährleisten können. Das ist weder eine Aussage gegen noch für die Quartiervereine. Ich persönlich pflege eine gute Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen. Die historisch gewachsenen Gebilde sind aber nicht in jedem Fall diejenigen, die die Quartiere im vollen Umfang mit der ganzen Bandbreite der Bevölkerung repräsentieren können. Dies gehört alles in den Kontext dieser Diskussion. Wir erhoffen uns mit der Überweisung des Postulats, dass man die Überprüfung nun unter den im Postulat angefügten Titeln an die Hand nehmen kann und einen Schritt weiterkommt. Wir unterstützen in diesem Sinne die nochmals reduzierte Kürzung auf 50 000 Franken.*

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: *Es handelt sich um ein Wischiwaschi-Postulat. Die FDP will den Stadtrat prüfen lassen, wie Doppelspurigkeiten und Konkurrenzsituationen gegenüber den Quartiervereinen vermieden werden können. Wir fahren schon lange dreigleisig. Nebst den Quartiervereinen gibt es noch uns Gemeinderäte. Jede Partei hat irgendeinen Gemeinderat in einer Kommission, der die Schnittstelle zur Stadtverwaltung herstellen könnte. Wir haben nun genügend oft gehört, dass der Stadtrat keine Lust hat, dies zu prüfen. Er steht felsenfest hinter der Quartierkoordination. Der Bericht wird nichts aussagen. Wofür genau braucht es eine Quartierkoordination? Wenn ich ein Quartieranliegen habe, wende ich mich zuerst an den Quartierverein. Es gäbe bestimmt auch die Möglichkeit, dass man jemanden aus dem Vorstand des Quartiervereins bestimmen könnte, der dann Zugang zur Stadtverwaltung hätte. Wenn der Quartierverein nicht weiterkommt, könnten die Gemeinderäte weiterhelfen. Ich fand einen Report der Quartierkoordination von 2012. Dort wird euphorisch aufgezählt, was die Quartierkoordination erreicht hat. Einige kleine Beispiele: Abenteuer Kreis 9, Tauschen am Fluss in Wipkingen, Sprachencafé, offenes Singen im Quartiertreff Enge und so weiter. Sind dies wirklich Dinge, die der Quartierverein nicht zustande bringen würde? Braucht es dafür eine Quartierkoordination? Sie stellt eine reine Konkurrenz dar. Wir wollen das Postulat nicht unterstützen. Die Fakten liegen auf der Hand. Wir haben uns überlegt, eine Textänderung vorzunehmen. Dies war beim vorliegenden Postulat leider nicht möglich. Es gab keinen Vorstoss, der*

unserem Sinn entsprochen hätte. Deshalb haben wir kurzfristig ein eigenes Postulat eingereicht. Wir wollen mit dem Postulat prüfen, wie die Schnittstelle von der Bevölkerung zum Stadtrat durch den Quartierverein hergestellt werden kann. Die Quartierkoordination ist eine überflüssige Stelle. Sie besteht hauptsächlich aus Löhnen und Mieten. Sie tut nichts anderes als das, was der Quartierverein bereits freiwillig und kostenlos tut.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2523/2016): Wir verlangen die Abschaffung der Quartierkoordination. Es geht nicht an, dass die Quartiervereine der Stadt mit Steuergeldern konkurrenziert werden. Wir sprechen von 2 Millionen Franken. Wir möchten prüfen, wie die Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen erstellt werden kann. So soll zum Beispiel ein Vorstandsmitglied des Quartiervereins Zugang zur Stadtverwaltung erhalten und die Kontakte zur Bevölkerung und zu deren Ideen und Vorschläge herstellen. Ich kann mir nicht vorstellen, warum der Stadtrat diesen Vorschlag nicht annehmen könnte. Ich bin davon überzeugt, dass dies machbar ist. Wenn der Stadtrat dies erkennt, soll die Quartierkoordination aufgelöst werden. Es kann nicht sein, dass eine städtische Abteilung auf Kosten des Steuerzahlers genau das ausführt, was ein Quartierverein bereits ehrenamtlich tut.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Michael Baumer (FDP) sprach von einem Signal an die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Schnittstelle zwischen Quartier und Stadt und der Quartierkoordination. Wir haben dieses Signal empfangen und sind daran, die Schnittstelle generell zu überprüfen, aber im Besonderen auch im Hinblick auf die Rolle, die der Quartierkoordination an dieser Schnittstelle zukommen soll. Wir müssen es offen betrachten. Wir möchten das Resultat noch nicht vorwegnehmen, wie es beim zweiten Postulat der Fall ist. Aus diesem Grund sind wir bereit, das Postulat der FDP entgegenzunehmen, dasjenige der SVP jedoch nicht. Wir werden auch künftig nochmals über das Thema diskutieren. Zuerst möchten wir allerdings unsere Arbeit ausführen.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Die Quartierkoordination sieht sich als Mediator zwischen Quartierbevölkerung und Stadtverwaltung. Ich habe Mediation nie so verstanden, dass der Mediator seinen Monatslohn von einer der beiden Parteien erhält. Der Begriff passt hier nicht. Die Quartierkoordination sagt weiter über sich, dass sie sich Brennpunkten im Quartier widme. Auffallend ist, dass es sich nur um Brennpunkte aus linker Sicht handelt. Brennpunkte aus bürgerlicher Sicht werden umgangen. Die Quartierkoordination macht es sich zur Aufgabe, dem zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Engagement staatlich unter die Arme zu greifen. Wird zivilgesellschaftliches Engagement staatlich subventioniert, handelt es sich in der Definition des Begriffs nicht mehr um ehrenamtliches zivilgesellschaftliches Engagement, wie mir einst ein FDP-Gemeinderat mitteilte. Betrachtet man die gesamte Summe von 2 Millionen Franken, die nun um 50 000 Franken gekürzt werden soll, macht diese Kürzung kaum etwas aus. Wir sind uns alle einig, dass die Quartierkoordination nicht benötigt wird. Die Arbeit wird bereits von den Quartiervereinen und Interessengemeinschaften sowie von Kreisparteien und staatlichen Institutionen erledigt. Man nimmt sich gegenseitig die Aufgaben weg. Es wurde nun mit allen möglichen Parteien über die Kürzung verhandelt und dabei reduzierte sich der Kürzungsbeitrag stetig. Es ging nicht mehr um eine Kompromissuche. Das ist nicht in unserem Sinne.

Markus Baumann (GLP): Vieles wurde bereits erwähnt. Ich schliesse mich vor allem den Voten von Michael Baumer (FDP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) an. Wir konnten

konstruktiv zusammenarbeiten. Es ist nicht nur so, dass wir den Leistungsauftrag und die Rolle der Quartierkoordination zur Debatte stellen. Vielmehr muss auch geklärt werden, wer im Quartier im Rahmen einer gesamten Palette der quartierbezogenen Arbeit prädestiniert ist, die Aufgaben wirkungsvoll zu übernehmen und zukunftsorientiert umzusetzen. Wir begrüssen die nun im Rat mehrheitlich angestrebte gesamte Neujustierung. Auch wir möchten die Doppelspurigkeiten in finanzieller und fachlicher Hinsicht ausmerzen. Wir werden den Kürzungsantrag von 50 000 Franken unterstützen, werden aber das Postulat der SVP auf jeden Fall ablehnen, da zuerst die Überprüfung vorgenommen werden sollte. Nachdem dann entsprechende Erkenntnisse vorliegen, können wir weiterdiskutieren. Es ist nicht in unserem Sinne, etwas vorab zu entscheiden oder durchzuwinken.

Michael Baumer (FDP): *Wir haben versucht, mit dem Budgetantrag und dem Postulat etwas zu erreichen und ein Signal zu setzen. Das Signal ist offenbar angekommen. Wer nicht mitspielt, kann auch keine Tore erzielen. Uns ist wichtig, dass man mit einer Kürzung immer noch zeigt, in welche Richtung die Überprüfung gehen soll. Sie soll zu einer Senkung der Quartierkoordination in ihrem Aufgabenbereich führen, nicht zu einer Steigerung. Das ist der entscheidende Punkt.*

Stephan Iten (SVP): *Mit der Kürzung wurde kein Zeichen gesetzt. Sie wird keine grosse Wirkung haben. Die Quartierkoordination wird sich freuen, dass sie noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen ist. Wir werden bei diesem Antrag in der Enthaltung bleiben. Wir möchten die Quartierkoordination nach wie vor komplett streichen. Auf diesem Konto würden wir damit 1,5 Millionen Franken sparen. Zu Beginn sprach man noch von einer Halbierung. Wir hätten zähneknirschend mitgemacht. Die FDP fragte jedoch zuerst die CVP und danach die GLP. Die GLP will allerdings in der Budgetdebatte ohnehin nicht sparen, sondern strebt lediglich etwas mediale Aufmerksamkeit an. So einigte man sich vorerst auf eine Kürzung von 100 000 Franken. Dieser Betrag ist weit weg von einer von uns angestrebten Kürzung von 500 000 oder 750 000 Franken. Die FDP merkte nach den Verhandlungen mit den Linksliberalen und Linken, dass sie uns Rechtsbürgerliche vollkommen vergessen hat. Mit uns hatte sie das Thema ursprünglich aufgegriffen. Wir wollten es gemeinsam angehen. Als ihnen dann klar wurde, dass wir nicht mitmachen, begaben sie sich zu den Sozialisten. Diese verlangten eine Kürzung von 50 000 Franken. Wenn es die FDP vorzieht, mit den Sozialisten zu verhandeln als mit uns am gleichen Strick zu ziehen, halten wir wieder an unserem ursprünglichen Antrag fest, per sofort sämtliche Stellen bei der Quartierkoordination zu streichen. Gemäss den Aussagen der Quartierkoordination agiert sie ohnehin nur als Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung. Man kann die Streichung der Stellen somit sofort umsetzen, es braucht keine Vorlaufzeit bis im zweiten Halbjahr. Wir bleiben deshalb bei diesem Antrag in der Enthaltung. Die Mehrheit ist vorhanden. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir bei solchen Spielchen und Wischiwaschi-Kürzungsanträgen nicht mitmachen.*

Roger Liebi (SVP): *Die Quartierkoordination hat sich in der Kommission vorgestellt. Ich war ihr anfangs sehr wohlwollend gesinnt. Mit fortschreitender Zeit wurde mir immer unwohler. Nach der Präsentation merkte ich, dass ich die Quartierkoordination nicht befürworten kann. Aus der Diskussion kam klar heraus, dass es sich bei der Quartierkoordination um den verlängerten Arm der SP handelt. Sie sagte über sich selbst: «Die Quartierkoordination trägt zur frühzeitigen, professionellen Bearbeitung und Lösung von Konflikten im öffentlichen Raum bei» und erwähnte dabei auch gewisse Regionen. Interessanterweise brachte die Quartierkoordination genau in den Regionen des Binz-Areals und Koch-Areals nicht sehr viele Lösungen. Es passierte nichts. Des Weiteren behauptet die Quartierkoordination, sie sei für alle Bevölkerungsgruppen da. Auch das stimmt nicht. In den erwähnten Regionen haben sich zahlreiche Personen öffentlich be-*

klagt, die unter dem Lärm litten. Die Quartierkoordination war nicht sichtbar. Niemand wusste, dass sie überhaupt existiert. Sie nimmt Sozialanalysen im Friesenbergquartier vor, nicht aber etwa in Witikon oder auf dem Zürichberg. Dort gibt es andere Brennpunkte. Sie macht genau das, was sie will. Wenn es um Quartiervereine geht, gibt es im Rat jeweils einen grossen Aufschrei. Die Quartiervereine sind nicht mehrheitlich sozialistisch besetzt. Deshalb braucht die SP eine Organisation, die eine angebliche Verbindung herstellt. Dabei wäre dies die Aufgabe der Quartiervereine. An die Quartiervereine sind zahlreiche andere Vereine angeschlossen. Sie führen ehrenamtliche Arbeit aus. Die Quartiervereine sind aber bei der SP nicht erwünscht. Was uns in der Kommission an dieser Sitzung aufgetischt wurde, ist unglaublich. Ich hätte die Sitzung am liebsten verlassen. Ich habe erfahren, wie die politische Indoktrinierung in Zürich funktioniert. Die Kürzung um 50 000 Franken wird nicht viel ändern. Aus diesem Grund hat sich wohl der Stadtrat auch zur Annahme bereit gezeigt.

Karin Weyermann (CVP): Auch wir haben die Quartierkoordination durchaus mit Skepsis betrachtet. Ich persönlich erlebte sie in meinem Kreis in der Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen aber auch als sehr positiv. Es hängt sehr davon ab, wie der jeweilige Quartierkoordinator seine Arbeit versteht. Genau deshalb halten wir eine Überprüfung der Schnittstellen für wichtig. Wir sehen die Quartierkoordination als eine Koordinationsaufgabe auf einem niedrigen Level. Der grösste Teil der Arbeit wird bereits von den Quartiervereinen ausgeführt. Gewisse Koordinationsaufgaben können jedoch sinnvoll sein. Man kann dies überprüfen. Die Schnittstellen müssen aber klar definiert werden. Es darf am Ende nicht darauf hinauslaufen, dass sich die Quartierkoordinatoren die Arbeit selber zuschaufeln. In diesem Sinn werden wir sowohl den Kürzungsantrag bei 50 000 Franken als auch das Postulat der FDP, SP und GLP unterstützen. Beim Postulat der SVP wird bereits zum heutigen Zeitpunkt verlangt, dass die Quartierkoordination abgeschafft werden soll. Dieses Vorgehen lehnen wir ab.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): In der bisherigen Diskussion wurde ein Punkt vollkommen ausgeblendet. Es geht hier um 12 Vollzeitstellen. Die Schnittstelle zu den Quartieren stellt nur einen kleinen Teil der Arbeit der Quartierkoordination dar. Entsprechend fordern wir im Postulat auch, dass man generell versuchen sollte, das Profil und die Zuständigkeiten der Quartierkoordination zu schärfen. So kann sie besser verstanden werden. Sie ist in vielerlei Hinsicht unverzichtbar. Man nimmt sie aber erst wahr, wenn sie einmal ihre Arbeit nicht ausführt. Man kann sich darüber streiten, ob diese und jene Aufgabe von einer städtischen Stelle ausgeführt werden sollen. Es ist eindrücklich, was die Stelle in dieser Zeit erreicht hat. Von der SVP, die sich als besonders volksthun versteht, wurden Projekte nun als lächerlich dargestellt. Die Projekte bringen den Quartieren einen Mehrwert. Die Quartiervereine können nicht alles aus eigenem Antrieb stemmen. Sie sind teilweise auch mit Schwierigkeiten konfrontiert, beispielsweise bei der Mitgliederrekrutierung. Hier existieren offenbar falsche Vorstellungen. Dies gilt auch für die Behauptung, es käme im Rat sofort zu einem grossen Aufschrei, wenn man einmal etwas für Quartiervereine tun wolle. Das ist mir nicht bekannt. Wir stellen das Wesen und die Tätigkeit der Quartiervereine nicht in Frage. Die Neutralität, die wir über die Leistungsvereinbarung mit den Quartiervereinen einfordern, wurde kürzlich im Rahmen einer Interpellation in Frage gestellt. Dies aber mit einem Aufschrei zu vergleichen, wäre falsch.

Urs Fehr (SVP): Ich bin irritiert, wie Michael Baumer (FDP) uns in dieser Sache an das Bein getreten hat. Man war sich einmal einig, dass FDP und SVP gemeinsam in den Wahlkampf gehen. Michael Baumer (FDP) hat nun in seinen Voten mehrmals seine Zuneigung zur SP kundgetan. Wenn wir so weitermachen, haben wir den Wahlkampf so gut wie verloren. Es ist legitim, anderer Meinung zu sein. Es ist jedoch inakzeptabel, dies in dieser Art zu betonen. Ich appelliere an die bürgerlichen Politiker. Wenn wir im

Wahlkampf eine Chance haben wollen, dürfen wir nicht gegeneinander arbeiten. Ansonsten können wir gleich auf den Wahlkampf verzichten.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Zur Sitzung, in der die Quartierkoordination ihre Arbeit vorgestellt hat: Roger Liebi (SVP) hat das herausgepickt, was er hören wollte und teilweise Dinge behauptet, die nicht stimmen. Zum Postulat der SVP, dass man die Quartierkoordination auflösen soll und die Quartiervereine deren Arbeit übernehmen würden: Stefan Urech (SVP) und ich sind im selben Kreis wohnhaft. Der Quartierverein Industrie mit Stefan Urech (SVP) im Vorstand führt seine Arbeit nicht aus. Es irritiert mich deshalb, dass nun behauptet wird, die Quartiervereine würden die Arbeit der Quartierkoordination übernehmen. Wir sehen dies anders. Ich bin froh, dass es die Quartierkoordination in meinem Kreis gibt.*

Thomas Schwendener (SVP): *Es war nun von der Setzung von Signalen und von einer Überprüfung die Rede. Nur wenige in diesem Rat hatten jedoch persönlich schon einmal mit der Quartierkoordination zu tun. Bei uns kam die Quartierkoordination ins Quartier und begann, Vereinsangelegenheiten abzulösen, die von Vereinen durchgeführt wurden. Wir wurden zuvor nicht gefragt. Die für die Quartierkoordination geschaffenen Stellen wuchsen stetig an. Mittlerweile beinhaltet die Quartierkoordination 17 Stellen. Der Rat wurde nicht gefragt, ob es diese Stellen braucht. Es wurde keine Qualitätskontrolle vorgenommen. Es wurde nie überprüft, ob die Übernahme der Aufgaben funktioniert hat. In meinem Fall gab es beispielsweise ein Problem mit versiegenden Brunnen. Es war traurig zu sehen, was in dieser Sache unternommen wurde. Ich habe mich dann selber darum gekümmert. Der Brunnen läuft nun wieder. Man wollte dem Quartier Arbeit abnehmen, hat die Situation aber nicht verbessert. Im Gegenteil. Auf ein solches Vorgehen müssen wir verzichten. Es mag utopisch sein, hier im Rat etwas unverzüglich auflösen zu wollen. Doch der Stadtrat sollte hier wirklich über die Bücher gehen.*

S. 352	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5550	Soziale Dienste				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
215.	Antrag Stadtrat				70 740 000	Mehrheit
			50 000		70 690 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Abbau von 2 Stellen Quartierkoordination ab 2. Halbjahr zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten mit ehrenamtlichen Organisationen			

Michael Baumer (FDP) kürzt den Antrag der Minderheit auf 50 000 Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 88 gegen 14 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) zu.

Persönliche Erklärung:

Stefan Urech (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied des Quartiervereins Kreis 5 / Industrie.

2533. 2016/430

**Postulat der SP-, FDP- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und Organisationen aus
den Quartieren, Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Konkurrenzsituationen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2498/2016).

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 215.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2534. 2016/449

**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 14.12.2016:
Auflösung der Abteilung Quartierkoordination**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2523/2016).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 215.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 22 gegen 83 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um den Ausbau der Ausbildungsplätze in der zentralen Verwaltung. Wir sind der Meinung, dass in der Verwaltung bereits genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind. Wir wollen grundsätzlich keinen weiteren Ausbau der Verwaltung. Man muss in den nächsten Jahren versuchen, die städtischen Finanzen zu sanieren. Dabei muss man irgendwo beginnen. Das Schuldepartement ist in den vergangenen Jahren enorm gewachsen. Zum einen durch das Wachstum der Bevölkerung und der Schülerzahlen. Aber auch die zentrale Verwaltung ist massiv gewachsen. Wir beantragen eine Kürzung von 47 600 Franken.

Alan David Sangines (SP): Bei Ausbildungsplätzen geht es um zukünftige Arbeitskräfte. Die Mehrheit hält es für sinnvoll, dass die Arbeitskräfte von morgen gut ausgebildet werden.

S. 310	50 5000 3012 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Löhne des Personals in Ausbildung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
165.	Antrag Stadtrat				661 900	Mehrheit
			47 600		614 300	Minderheit
			Begründung: Kein Ausbau der Zentralen Verwaltung durch weitere Ausbildungsplätze			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir beantragen bei der Personalwerbung in der zentralen Verwaltung eine Reduktion um 24 000 Franken auf 2000 Franken. Wir haben den Eindruck, dass es sich um versteckte Erhöhungen der Personalkosten handelt, wenn etwas durch Dritte ausgeführt wird. Wir möchten künftig auf die Assessments verzichten. Die Verwaltung sollte diese Verantwortung selber wahrnehmen.

Alan David Sangines (SP): Aus den Antworten des Schul- und Sportdepartements

konnten wir entnehmen, dass die Assessments nur auf Stufe Dienstchef/-in und Departementssekretär/-in durchgeführt werden. Wir haben ein entsprechendes Postulat überwiesen. Das Schul- und Sportdepartement erfüllt diese Forderung jedoch bereits vorbildlich. Es hat den Betrag budgetiert, denkt aber nicht, dass Kosten anfallen werden. Daher sollte hier nicht gekürzt werden.

S. 310	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5000	Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung			
	3092 0000	Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
166.	Antrag Stadtrat			26 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		24 000		2 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Verzicht auf externe Assessments			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Im Vergleich zu den Ist-Kosten von 2015 liegen wir nun im Budget 74 % höher. Das Ziel wäre, den eingestellten Betrag um 15 000 Franken auf 25 000 Franken zu reduzieren. Unserem Eindruck nach wird die Qualität der Hardware zunehmend besser. Somit dürfte auch der Unterhalt sinken. Zudem ist immer besseres Know-how auf Seiten der Schülerinnen und Schüler und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorhanden, so dass bei einem Computerproblem nicht jedes Mal jemand engagiert werden muss. Das Ziel ist weiterhin, dass wir keine Reserven im Budget haben. Wir alle wissen, dass ein zu hohes Budget zu Falschbuchungen verleiten kann.

Alan David Sangines (SP): Beim Vergleich zur Budgetierung 2015 blieb unerwähnt, dass 2013 noch 71 500 Franken budgetiert wurden. 2014 wurden 50 000 Franken budgetiert, danach sank der Betrag nochmals. Es wird hier bereits vorsichtig budgetiert. Im Vergleich zu 2015 fand nun aufgrund des Kassensystems eine Erhöhung um 40 000 Franken statt. Der Betrag liegt aber immer noch deutlich tiefer als 2013. Wir sind der Meinung, dass der Betrag im angeforderten Umfang belassen werden sollte.

S. 311 50
5000
3152 0000

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung
Unterhalt IT-Anlagen Hardware

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
167.	Antrag Stadtrat			40 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		15 000		25 000 Minderheit	
		Begründung: Hardware zunehmend bessere Qualität, weniger Unterhalt, Reduktion möglich			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 168.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir streben eine Kürzung um 100 000 Franken auf 239 300 Franken an. Das Ziel ist, bei der aktuell mit 140 000 Franken budgetierten Gewaltprävention den Betrag auf 40 000 Franken zu reduzieren. Die Gewaltprävention reduziert Konfliktsituationen in den Klassen oder Gewalt unter Jugendlichen. Unserer Meinung nach ist dies die Aufgabe von Schulleitungen, Lehrpersonen und Eltern. Es braucht keine Leistungen Dritter. Es ist ein Unding, dass in der Verwaltung stets Drittleistungen eingekauft werden. Der Einkauf von Drittleistungen ist nichts anderes als eine versteckte Personalkostenerweiterung.

Alan David Sangines (SP): Die RPK hat das Konto sehr genau geprüft. Unserer Ansicht nach ist der Betrag gerechtfertigt. Die Minderheit ortet das Sparpotenzial einzig bei der Fachstelle für Gewaltprävention und fordert einen Rückbau der Fachstelle. Angesichts der Aufgaben der Fachstelle ist es ein absurder Antrag. Die Fachstelle für Gewaltprävention wird durchaus für Interventionen in Krisenfällen beigezogen, aber auch zur Erkennung von Gefahren im Zusammenhang mit Terrorismus. Die externen Dienstleistungen werden hauptsächlich in akuten Krisensituationen beigezogen wie etwa nach einem Suizid, schwerem, langanhaltendem Mobbing oder sexuellen Grenzverletzungen. Eine Kürzung wäre hier nicht gut.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Gemäss Geschäftsbericht 2015 hat die Fachstelle für Gewaltprävention im Jahr 2008 126 Interventionseinsätze ausgeführt. Seit der Gründung der Fachstelle stiegen die Einsätze zwischenzeitlich auf 180. Heute sind es rund 170 Einsätze. Es scheint, dass die Prävention die Schüler nur noch wütender und gewalttätiger macht.

S. 311	50 5000 3180 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
168.	Antrag Stadtrat				339 300 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			100 000		239 300 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Rückbau der Fachstelle für Gewaltprävention				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 169.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Wir möchten bei den Beiträgen an die Zentralbibliothek eine Budgetreduktion um 83 400 Franken erreichen. Die Zentralbibliothek verfügt danach immer noch über ein Budget von 6,8 Millionen Franken. Einsparungen könnten über die Reduktion der Öffnungszeiten an Sonntagen erreicht werden. Zudem wurde erwähnt, dass die Zentralbibliothek Aussenlagerräume betreiben müsse. Die wenigen Aussenlagerräume sollten unserer Meinung nach im Budget von 6,8 Millionen Franken Platz haben.*

Alan David Sangines (SP): *Der Stiftungsrat der Bibliothek hat die Ausdehnung der Öffnungszeiten auf den Sonntag beschlossen. Die Minderheit möchte diese Öffnungszeiten reduzieren. Zudem ist der Finanzierungsmechanismus mit dem Kanton geregelt. Der vertragliche Finanzierungsmechanismus zwischen Kanton und Stadt besagt, dass der Kanton vier Fünftel und die Stadt einen Fünftel der Kosten der Bibliothek übernehmen. Die Stadt kann ihren Betrag nicht einfach reduzieren.*

S. 312	50 5000 3640 0110	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Zentralbibliothek				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
169.	Antrag Stadtrat				6 797 600 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

83 400

6 714 200 Minderheit

Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine Erhöhung auf Grund unnötiger Sonntags-Öffnungszeiten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 170.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Das Budget 2017 bei der Vergütung OIZ für die erbrachten IT-Leistungen ist im Vergleich zu den Ist-Kosten 2013 bis 2015 um 25 % höher. Begründet wird der Anstieg mit der Umstellung der Telefonieanlagen entstehenden VoIP-Kosten. Weiter werden 180 000 Franken für ein Tool für das Betreuungspersonal benötigt. Wir sind der Meinung, dass man die VoIP-Kosten über zwei Jahre verteilen könnte. Die 400 000 Franken könnten problemlos eingespart werden. Zudem muss nicht extra ein neues Betreuungstool erstellt werden. Die Stadt hätte sicherlich bereits ähnliche Tools, die man nutzen könnte. Dadurch würden Schnittstellen und dadurch auch Auswertungsprobleme innerhalb der gesamten Stadtverwaltung reduziert. Man könnte auch ein günstigeres Tool einkaufen.

Alan David Sangines (SP): Mit einem der Projekte auf dem Konto sollen Anmeldungen und Mutationen von Betreuungsleistungen durch Eltern vollständig elektronisch erfasst werden können. Dasselbe gilt beispielsweise auch für das Angebot der Musikschule Konservatorium Zürich. Die Mehrheit möchte die 400 000 Franken hier nicht einsparen. Zudem wurde das Thema OIZ abschliessend beim tabellarischen Antrag behandelt. Wir halten eine weitere Kürzung hier nicht für nötig.

S. 312 50 SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
5000 Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung
3910 0000 Vergütung an OIZ für IT-Leistungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
170. Antrag Stadtrat			3 120 700 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	400 000		2 720 700 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
	Begründung: Stets wachsende Leistungen stoppen, Stabilisierung der IT-Kosten auf ein vernünftiges Mass, kein Budget auf Vorrat			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 171. und 172. (Postulat GR Nr. 2016/435)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Für den nächsten Schritt der Realisierung des Pilots Schulleitungssekretariate sind im Budget auf den Lohnkonti 324 000 Franken eingestellt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass das Schul- und Sportdepartement dafür sorgen sollte, dass ein Teil dieses Ausbaus kompensiert wird und schlägt eine Verbesserung von 300 000 Franken vor. Wir gehen davon aus, dass mit der Verstärkung der Leitungsstrukturen in den Schuleinheiten entweder beim Schulamt oder im Schul- und Sportdepartement bei den Lohnkosten eine Kompensation möglich ist. Die Schulsekretariate stellen ein wichtiges Projekt dar, das umgesetzt werden muss. Es sollten insgesamt aber nicht mehr Verwaltungsstellen entstehen.

Severin Pflüger (FDP): Unser Minderheitsantrag geht einen deutlichen Schritt weiter und fordert eine Verbesserung von 3,45 Millionen Franken auf dem Konto. Insgesamt sind auf dem Konto rund 178 Millionen Franken eingestellt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Stadtrat bereits im Novemberbrief eine Verbesserung vorwies. Nun soll nochmals eine Verbesserung von 300 000 Franken stattfinden. Liest man die Antworten zu den Fragen, sieht man, dass auf diesem Konto gearbeitet wird. Es gibt zwar einen Ausbau, man versucht aber gleichzeitig, auf der anderen Seite zu kompensieren. Wir respektieren dies und halten es für eine gute Entwicklung. Im Bereich der Betreuung führt die Entwicklung unserer Ansicht nach aber zu wenig weit. Es ist ein heikler Bereich. Es ist nicht sehr attraktiv, bei der Betreuung der Hortkinder zu sparen. Auch für mich persönlich ist es heikel, da meine eigenen Kinder einen Hort besuchen und ich einige exemplarische Beispiele zeigen kann, an denen sichtbar wird, wo noch Potenzial besteht. Für den Ausbau in der Betreuung sind auf diesem Konto 14,6 Millionen Franken vorgesehen. Dies hat vor allem mit der steigenden Anzahl Kinder in den Horten zu tun. Ein grosser Anteil der 14,6 Millionen Franken ist nötig für den Ausbau. Es sind aber an verschiedenen Orten Effizienzsteigerungen möglich. Anlässlich der Nennung der folgenden Beispiele möchte ich vorab allerdings festhalten, dass die zuständigen Betreuungspersonen meiner Kinder hervorragende Arbeit leisten. Ein erstes Beispiel: Am Tag mit der höchsten Belegung gibt es fünf Hortgruppen à 20 Kinder. Man ist froh, dass an diesen Tagen genügend Betreuer vor Ort sind. An Tagen mit tieferer Belegung jedoch werden die fünf Gruppen aufrechterhalten, obwohl sie jeweils nur drei bis vier Kinder enthalten. Man könnte sie in einer einzigen Gruppe à 20 Kinder zusammenfassen oder jeweils zumindest diejenigen Kinder, die jeden Tag betreut werden, in derselben Gruppe unterbringen. Dass hier die bestehenden Gruppen unabhängig von der Belegung mit dem bestehenden Personalbestand, beibehalten werden ist ineffizient. Es wird sichtbar, dass es auf der Kostenseite zu wenig Druck gibt. Ein zweites Beispiel: Damit die Vollzeitangestellten ihre Sollzeit von achteinhalb Stunden erfüllen können, erscheinen sie um 10 Uhr, halten zuerst eine Teamsitzung ab, bevor dann um 11.55 Uhr das erste Kind kommt. Diese Teamsitzungen werden fünf Mal pro Woche abgehalten. Eine Teamsitzung pro Woche oder pro Monat wäre in Ordnung. Hier gibt es noch viel Potenzial. Ein weiterer Punkt betrifft die Zusammensetzung und die Qualifikation der Angestellten. Es ist gut, wenn Personen mit einem Studium in Sozialpädagogik vor Ort sind, denn die Kinder verbringen viel Zeit im Hort. Doch dass in jeder der fünf Gruppen ein studierter Akademiker arbeitet, der das entsprechende Einkommen erhält, ist übertrieben. Eine Person würde ausreichen. In den anderen Gruppen könnte man jeweils Personen mit anderen Qualifikationen einstellen. Diesen finanziellen Druck müssen wir langsam aufbauen. Es bleibt sehr viel Geld auf der Strecke. Wir haben versucht, dies zu extrapolieren und kommen auf eine Kürzung von 3,45 Millionen Franken. Das bedeutet aber nach wie vor einen Ausbau in der Betreuung in der Höhe von 11 Millionen Franken. Wir wer-

den heute keine Mehrheit finden. Ich bitte die anderen Parteien, im kommenden Jahr ein Augenmerk darauf zu haben. Unsere Betreuung wird nicht besser, sondern nur teurer.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2503/2016): Wir möchten mit dem Postulat über den Voranschlag für das nächste Jahr hinweg langfristig in die Zukunft blicken. Mit unserem Postulat fordern wir den Stadtrat auf, bei der Einführung der Schulsekretariate für die Schulleitungen zu prüfen, wie die neuen Ressourcen durch einen entsprechenden Abbau von verwaltungsadministrativen Ressourcen im Schul- und Sportdepartement kompensiert werden können und wie das Projekt insgesamt kostenneutral umgesetzt werden kann. Zur Begründung, warum wir das Postulat einreichen: Es ist unbestritten, dass die administrative Belastung auch vor den Schulleitungen nicht Halt macht. Die Anforderungen haben in der letzten Zeit zugenommen und werden künftig weiter ansteigen. Es sollen deshalb die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Lehrpersonen und Betreuungspersonen müssen sich auf ihr Kerngeschäft Betreuung und Unterricht konzentrieren können. Im November 2012 haben wir ein entsprechendes Postulat mit der Forderung nach Schulsekretariaten überwiesen. Die Aussichten im Aufgaben- und Finanzplan sind allerdings nicht sehr rosig. Deshalb denken wir, dass dort, wo Ressourcen vorhanden sind, diese auch entsprechend umgelagert werden sollten. Wir sind der Auffassung, dass die administrativen Ressourcen in der Zentralverwaltung vorhanden sind und zu den Schulsekretariaten der Schulleitungen umgelagert werden sollten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Severin Pflüger (FDP) hat zuerst Lob und danach Kritik geäußert. Die Kritik nehmen wir mit. Die Tagesschule 2025 wird einige der Kritikpunkte heilen. Aus prozessökonomischen Gründen werde ich mich auf das Thema der Schulsekretariate beschränken. Es sieht so aus, als würde es eine breite Mehrheit im Rat geben. Je nachdem, wie die Diskussion verläuft, haben wir vielleicht noch Spielraum bei der Umsetzung. Wenn der Rat der Meinung ist, die Schulsekretariate seien mit Kostenneutralität möglich, müssen wir die Übung vermutlich abbrechen. Wir haben 2005 über die Schulsekretariate abgestimmt. Es dauert rund zehn Jahre, bis sich diese etablieren. Die Schulleitungen sind Dreh- und Angelpunkt für alles, was in der Schule und in den Klassen geschieht. Sie tragen die Beurteilungsverantwortung, sind verantwortlich für personalrechtliche Fragen, Anstellungen, für die Planung und Strukturierung, für Sanktionen. Die Palette ist breit und vielfältig. Die Aufgaben wachsen stetig. Die Schulleitungen nehmen sehr viele administrative Aufgaben wahr, da sonst niemand vor Ort ist. Dafür sind sie zu gut bezahlt. Sie müssten sich auf die Kernaufgaben konzentrieren können. Sie machen zahlreiche Überstunden, welche dann wieder entschädigt oder abgebaut werden müssen. Diese Tatsachen bereiten uns Sorgen. Beim Pilot existierten andere Grössenordnungen. Es ging um 120 Schüler. Wir haben aber zum Beispiel auch Schulen mit 600 Kindern, im Glattal sind es sogar 800 Schulkinder pro Schuleinheit und wir haben jeweils einen oder zwei Schulleiter. Diese erhalten keine administrative Unterstützung. Manchmal behelfen sie sich über den Globalkredit und mieten sich die erforderliche Unterstützung zu. Das ist kein Zustand. Es ist auch nicht möglich, Ressourcen in der Kreisschulpflege oder beim Schulamt zu entfernen und zu übertragen. Wir haben deutlich mehr Kinder. Die Verwaltung ist entgegen vieler Aussagen nicht gewachsen, sondern blieb konstant. Somit hat die gleiche Anzahl an Personal für ziemlich viel mehr junge Zürcherinnen und Zürcher diese Aufgaben erfüllt. Ressourcen von der Zentralverwaltung zu transferieren, wäre absolut nicht machbar. Diese haben damit nichts zu tun. Ich bin gespannt, wie die Diskussion verlaufen wird. Wenn wir etwas übrig haben, können wir bei den Globalkrediten etwas verlagern. Bei der Zentralverwaltung haben wir bereits etwas eingespart. Wenn weitere Einsparungen möglich sind, machen wir das gerne. Wenn jedoch die Mehrheit zum Schluss kommt, es müsse alles vollumfänglich

kostenneutral sein für die Menge an Arbeit, die vor Ort anfällt, nehme ich dies ernst. Dann bleibt der Pilot ein Pilot und der Weiterausbau Schulsekretariat wird nicht weitergeplant. Ich würde dies sehr bedauern. Es würde der Schule und der Entwicklung nichts nützen und würde bei den Betroffenen nicht auf Verständnis stossen. Ich wäre froh gewesen, wenn das Postulat keine Mehrheit gefunden hätte.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Ein Wort zum Votum von Severin Pflüger (FDP). Er stellt einen Antrag auf Streichung von 3,4 Millionen Franken auf einem Lohnkonto – betroffen sind davon vielleicht 60 bis 70 Lehr- oder Betreuungspersonen – und referiert anschliessend aus seinen persönlichen Erfahrungen. Die Begründung mit nur diesen Beispielen ist aus meiner Sicht sehr dünn. Ich weiss nicht, wie Severin Pflüger (FDP) seine Erfahrungen hochgerechnet hat. In der Betreuung wird sehr intensiv mit der Zuteilung von Ressourcen gearbeitet. Es werden erhebliche Restrukturierungsanstrengungen unternommen, um die Kosten unter Kontrolle zu halten. Möglicherweise ist das beim Hort von Severin Pflüger (FDP) anders. Die Begründung mit den Beispielen ist aber insgesamt sehr dünn. Zur Frage von Stadtrat Gerold Lauber: Die AL stellt sich auf die Position, dass in den Verwaltungsstellen eine Kompensation stattfinden muss. Es ist aber auch klar, dass es auf dem Schulamt, in den Kreisschulpflegen und im Schul- und Sportdepartement der zentralen Verwaltung vielleicht 300 Verwaltungsstellen gibt. Will man die Schulsekretariate über alle Schuleinheiten ausbauen, wird es am Schluss nicht möglich sein, alles vollumfänglich zu kompensieren, wie dies im Postulat der GLP gefordert wird. Wir verzichten auf einen Textänderungsantrag mit der ausdrücklichen Ausformulierung dessen, damit die Debatte nicht verlängert wird. Es ist klar, dass der Vollausbau der Schulsekretariate ohne die Schaffung von zusätzlichen Stellen nicht möglich ist. Wir erwarten aber, dass bei den nächsten Schritten des Ausbaus eine Kompensation sichtbar wird.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Aus strategischer Sicht müssten wir das Postulat unterstützen. Denn wenn der Stadtrat dann die Übung abbrechen würde, wäre dies in unserem Sinne. Doch die Mehrheiten im Rat werden sich für die Schulsekretariate aussprechen. Deshalb werden wir das Postulat ablehnen. Die GLP stellt düstere Prognosen von dreistelligen Millionendefiziten in Aussicht. Sie reicht ein Postulat ein, bei dem bereits klar wurde, dass es undurchführbar und kostentreibend ist. Walter Angst (AL) hat gesagt, dass schlussendlich viel mehr Stellen nötig sind für die Schulleitungssekretariate. Alle sprechen davon, dass die Schaffung von zusätzlichen Stellen unausweichlich sei. Die SVP wird das nicht unterstützen. Es gibt andere unternehmerische Prinzipien, wie man Bürokratiemonster zurückfahren kann.*

Karin Weyermann (CVP): *Das Schulsekretariat beruht auf einer Motion von 2007. Im Anschluss gab es noch eine Motion, die als Postulat überwiesen wurde, und eine Textänderung, die verlangte, dass alles aus einer Umlagerung von Ressourcen aus dem Schul- und Sportdepartement sowie aus den Kreisschulsekretariaten finanziert werden soll. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass die Textänderung aus unserer Sicht in dieser Art nicht umsetzbar ist. An unserer Aussage hat sich bis heute nichts geändert. Wir werden das Postulat ablehnen. Wir sind der Meinung, dass es nicht vollumfänglich kostenneutral umsetzbar ist. Wir sehen eher einen gewissen Synergieeffekt. Schulleitende übernehmen heutzutage Arbeiten, für die sie überqualifiziert und überbezahlt sind. Dort gibt es allenfalls einen gewissen Spareffekt. Zudem sind im Departement tatsächlich Spareffekte sichtbar. Das Departement ist bemüht, die Kosten tief zu halten.*

Stefan Urech (SVP): *Ich möchte an das Votum von Dr. Daniel Regli anknüpfen. Das Bürokratiemonster ist unaufhaltbar und macht auch vor den Türen der Volksschule kei-*

nen Halt. Ich war vier Jahre lang in der Schulpflege. Sämtliche Bürokratisierungsprozesse wurden von denselben politischen Parteien eingeleitet, die nun sagen, man könne nichts dagegen tun. Früher brauchte es noch keine Schulleitungen. Heute braucht es Schulleitungen und sogar noch Schulleitungssekretariate. Ein Oberstufenschüler kann heutzutage während eines Jahres drei Mal umgestuft werden, was jeweils zu einem entsprechenden Aufwand an Formularen und Abklärungen führt. Diese Entwicklungen wurden von diesen Parteien mitunterstützt.

Severin Pflüger (FDP): Zum Votum von Walter Angst (AL) bezüglich meiner Argumentation: Es ist schwierig, Verbesserungspotenzial aufzuzeigen, ohne es an konkreten Beispielen festzumachen. Wenn man keine konkreten Beispiele nennt, ist das Potenzial nicht genau fassbar. Ich werde bei Antrag 182 versuchen, auf die Nennung von konkreten Beispielen zu verzichten. Dort wird es dann aber schwierig.

Isabel Garcia (GLP): Zum Bürokratiemonster und der Klärung der Position der GLP: Wir waren im Rat jedes Mal, wenn es im Schul- und Sportdepartement um Qualitätssicherung und Zertifizierungen ging, strikt dagegen. Wir waren auch dagegen aus unserer Befürchtung heraus, dass die Schulleitungssekretariate dies noch mehr befördern werden. Aber wir akzeptieren, dass der Gemeinderat sich vor vier Jahren für die Schulleitungssekretariate entschieden hat. Jetzt geht es für uns darum, diesen Entscheid angesichts der Situation des Wachstums im Schul- und Sportdepartement, aber auch vor dem Hintergrund der Finanzsituation der Stadt in einer vernünftigen Art und Weise umzusetzen. Es wurde von Kompensation und Kostenneutralität gesprochen. Die GLP ist bekannt dafür, dass sie nicht auf Franken und Rappen genau nachzählt, ob etwas exakt wie vorgesehen umgesetzt wurde oder ob nicht doch die eine oder andere Stelle geschaffen wurde. Auch uns ist klar, dass ein Bevölkerungswachstum stattfindet. Die Schüler sollen richtig betreut, administriert und unterrichtet werden. Dafür sprechen wir uns klar aus. Uns ist wichtig, dass die Botschaft ankommt. Wir haben Vertrauen, dass die Botschaft an den entsprechenden Stellen ankommt. Ansonsten kann man künftig immer wieder miteinander sprechen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Stadtrat sagte klar, es sei in der Schwebe, man müsse den Pilot womöglich so belassen und alles abrechnen. Die GLP müsste ihr Postulat zurückziehen. Mit dem Postulat hat man noch die Möglichkeit, die Finanzierung des Ausbaus zu steuern, zu befürworten oder abzulehnen. Wenn die Mehrheiten das Geld sprechen wollen, müsste die GLP vehement gegen die Bürokratisierung der Volksschule kämpfen.

S. 317 50		SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
5010		Schulamt			
3010 0000		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
171.	Antrag Stadtrat			179 199 700	
				- 985 000 N	
		300 000		177 914 700	Mehrheit
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		3 450 000		174 764 700	Minderheit
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: AL: Ausbau Schulleitungssekretariate mit Reduktion Verwaltungsstellen kompensieren, Kreditübertragung aus 5000 SSD Zentrale Verwaltung Konto 3010 0000 möglich; FDP: Effizienter und fachgerechter Personaleinsatz bei Betreuung

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(178 214 700)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(177 914 700)	81 Stimmen
Antrag Minderheit	(174 764 700)	<u>42 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2535. 2016/435

Postulat der GLP-Fraktion vom 07.12.2016:

Einführung von Schulsekretariaten für die Schulleitungen, Kompensation durch einen entsprechenden Abbau von administrativen Ressourcen im Schul- und Sportdepartement

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2503/2016).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 171.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 79 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

***Dr. Daniel Regli (SVP):** Das Schulamt sieht auf diesem Konto 5,38 Millionen Franken für Löhne vor. Wir haben im Schulwesen über eine halbe Milliarde Franken Löhne. Die Sozialleistungen sind noch nicht mitgerechnet. Die Löhne sind über verschiedene Konti verteilt, damit niemand merkt, dass jährlich weit über eine halbe Milliarde Franken dafür verwendet wird. Der Betrag steigt mit jedem weiteren Jahr an. Wir empfehlen hier be-*

scheiden eine Kürzung von 2 Millionen Franken für Personal in Ausbildung. Es geht hier insbesondere um die Vergrößerung der staatlichen Schule, um Fachangestellte Betreuung. Im Jahr 2012 hatten wir auf diesem Konto noch 36 Stellen für Personal in Ausbildung. Im Jahr 2017 hat sich diese Zahl bereits vervierfacht. Die private Betreuung weist bis rund 85 % Eigenfinanzierung auf, die staatliche Betreuung lediglich 33 % Eigenfinanzierung. Wir möchten hier 2 Millionen Franken einsparen, um das gesamte Gebilde etwas zu reduzieren.

Alan David Sangines (SP): Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz hat die Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze für Fachpersonen Betreuung beschlossen. Dies hat höhere Lohnkosten zur Folge. Die Mehrheit hält es für sinnvoll, dass das Betreuungspersonal von morgen gut ausgebildet wird und lehnt die Kürzung ab.

S. 317	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3012 0000	Löhne des Personals in Ausbildung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat			4 402 200 Mehrheit 985 000 N	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		2 000 000		3 387 200 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Keine Ausbildung von zusätzlichem Betreuungspersonal			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 174.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Alan David Sangines (SP): Die SP beantragt, das Konto um 400 000 Franken zu erhöhen. Das Geld soll der Aufgabenhilfe zugutekommen. Wir haben bereits im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir danken dem Stadtrat, dass er die zwei Stellen, die im Budget 2016 dazukamen, geschaffen hat, und im Budget 2017 entsprechend 1,6 Stellen mehr dafür eingeplant hat. Die SP ist immer noch der Ansicht, dass die Aufgabenhilfe einen wichtigen Teil der Schule darstellt. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass man in der Schule zunehmend wegkommt von den Hausaufgaben. Wir haben vernommen, dass es in den Schulen einen Pool gibt, der situative Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler anbietet. Für uns wäre es auch in Ordnung, wenn das Geld für diesen Pool verwendet würde. Uns geht es in erster Linie darum, die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, damit sie in der Schule gut mitkommen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir wollen beliebt machen, auf diesem Konto bei den Löhnen der Lehrkräfte um 5 Millionen Franken zu kürzen. Der Antrag der Mehrheit lautet, 8 Stellen mehr für Hausaufgaben zu schaffen. Die Mehrheit geht immer wieder Richtung Ausbau. Wiederholt werden Bürokratiemonster abgesegnet. Wir wollen dieses Schulmodell

nicht weiter ausbauen. Wir wollen den Ausgabensunami verhindern. FDP, GLP und CVP sollten hier im Grunde mit uns mitmachen. Es interessiert sie aber wenig. Auf diesem Konto könnten problemlos 5 Millionen Franken eingespart werden. Enthalten sind auf diesem Konto Therapien, Aufgabenhilfe, Teamteaching. Man muss sich fragen, wie viele Lehrpersonen noch ins Klassenzimmer gebracht werden sollen. Es führt sehr weit. Für alles Mögliche gibt es einen Beauftragten. Unsere ehemalige Volksschule wird bürokratisiert und destabilisiert.

Michael Baumer (FDP): Die Minderheit 1 befürwortet den Antrag des Stadtrats. Man kann die Umkrepelung der Schule und der schulbetreuenden Massnahmen nicht über das Lohnkonto angehen. Man sollte hier nicht mit einer willkürlichen Zahl im Lohnkonto Leistungen reduzieren, die nicht durch diese Reduktion erreicht werden können. Das Problem des Ausbaus der Aufgabenhilfe gehört nicht in dieses Lohnkonto. Wir haben genügend Wachstum im Schulbereich. Man sollte nicht zusätzlich zu dem, was uns der Stadtrat bereits vorlegen muss, noch mehr hinzulegen. Der Vorschlag des Stadtrats ist eine vernünftige Alternative.

Weitere Wortmeldung:

Isabel Garcia (GLP): Die GLP wechselt von der Enthaltung zur Minderheit 1. Wenn wir in anderen Bereichen für Bescheidenheit plädieren, können wir hier nicht postwendend zusätzliche Ausgaben einplanen. Das ist nicht seriös. Des Weiteren erwarten wir uns von der Tagesschule, die ein Erfolgsmodell ist und in absehbarer Zeit flächendeckend eingeführt werden kann, dass dort der Bereich der Aufgabenhilfe durch die Tagesschulstruktur eine gewisse Unterstützung erfahren wird und der nun geforderte Ausbau an dieser Stelle nicht nötig ist.

S. 317	50 5010 3020 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrkräfte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
174.	Antrag Stadtrat				62 962 200	Minderheit 1
			5 000 000		57 962 200	Minderheit 2
				400 000	63 362 200	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP) Alan David Sangines (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
		Begründung:	SVP: Leistungen reduzieren bei der Integrativen Förderung, Logopädie, Psychomotorik, Schulkultur, Timeout, etc.; SP: Acht Stellen für Aufgabenhilfe schaffen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(62 962 200)	40 Stimmen
Antrag Mehrheit	(63 362 200)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(57 962 200)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen

= absolutes Mehr

63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zugestimmt.

Antrag 175.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt auf diesem Konto eine Kürzung von 49 000 Franken für das Projekt Schulleitungssekretariate. Offenbar ist keine Praktikumsstelle mehr eingeplant. Aufgrund kurzfristiger Ausfälle hat man einen Betrag für temporäres Personal für Überbrückungen eingestellt. Man geht aber davon aus, dass dieser nicht ausgeschöpft wird. Die RPK beantragt eine defensivere Budgetierung ohne Reserven für temporäres Personal. Falls es nötig sein sollte, sollte zudem doch die Einplanung einer Praktikumsstelle für das Projekt in Betracht gezogen werden.

Dr. Daniel Regli (SVP): Auch hier handelt es sich um ein verstecktes Lohnkonto. Wir beantragen, von den 149 000 Franken 100 000 Franken zu kürzen. Ich werde nicht weiter auf die Schulsekretariate eingehen, möchte aber darauf hinweisen, dass diese Konti im Zuge der Bürokratisierung stetig anwachsen. Im Budget 2016 hatten wir auf diesem Konto noch 28 000 Franken. Im Budget 2017 sind es bereits 149 000 Franken. Das entspricht einer Verfünfachung des Betrags von 2016. Das Konto wird weiterwachsen, allerdings ohne die SVP.

S. 318	50 5010 3080 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
175.	Antrag Stadtrat		100 000		149 000 49 000	Minderheit
			49 000		100 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Präsident Walter Angst (AL)
			Begründung: SVP: Mehraufwand mit bestehendem Personal bewältigen; GLP: Temporäres Personal zurückhaltender budgetieren, Einführung der Praktikumsstelle trotzdem versuchen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(149 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(100 000)	81 Stimmen
Antrag Minderheit	(49 000)	<u>42 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 176.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Huser (FDP): Es geht bei diesem Antrag um die Anschaffung von Mobilien. Wir sind der Meinung, dass hier ein Sparpotenzial vorhanden ist. Es muss nicht immer das Non-Plus-Ultra wie zum Beispiel Sofas angeschafft werden. Deshalb stimmen wir der Kürzung von 50 000 Franken zu.

Alan David Sangines (SP): Eine Richtigstellung: Sofas werden nicht über dieses Konto beschafft, sondern über die Konti der IMMO. Die Minderheit versteht die Kürzung auf diesem Konto nicht. Wir möchten an die Aussage der CVP bezüglich der sorgfältigen Budgetierung des Schul- und Sportdepartements erinnern. Die Erhöhung auf diesem Konto gründet auf einer Handlungsanweisung der Finanzkontrolle, die besagt, dass Anschaffungen, die bisher über das Konto Lehrmittel liefen, neu über dieses Konto budgetiert werden müssen. Dies führte zur vorliegenden Erhöhung. Gleichzeitig sank das Konto Lehrmittel jedoch um eine halbe Million Franken. Es liegt somit keine reale Erhöhung vor.

S. 319	50 5010 3119 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Anschaffungen übrige Mobilien	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
176.	Antrag Stadtrat				380 500	Minderheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			50 000		330 500	Mehrheit Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Zurückhaltung bei Anschaffung von Mobilien

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 177.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Der Rechnungsbetrag auf diesem Konto lag in den Jahren 2013 und 2014 bei einer knappen Million Franken. 2015 blieb er nach einem Kürzungsantrag von 10 % deutlich unter einer Million Franken. 2016 wurden 1,1 Millionen Franken budgetiert, obwohl dieser Betrag in den Vorjahren nie ausgeschöpft wurde. Nun wurden die 1,1 Millionen Franken für das Budget 2017 gleich nochmals um 10 % auf 1,21 Millionen Franken erhöht. Die Begründung lautet, dass die neu ausgeschriebene Fensterreinigung für die Jahre 2017 bis 2019 über 200 000 Franken teurer wird. Würde man aber in jedem Schulkreis jeweils die günstigsten Offerten auswählen, würde man unter 900 000 Franken zu stehen kommen. Doch weil jeweils maximal 2 Lose einem Anbieter zugesprochen werden, liegen die Kosten nun höher. 200 000 Franken sind für Grund- und Spezialreinigungen vorgesehen. Die RPK erwartet, dass der Reinigungsaufwand maximal mit dem bisher nie ausgeschöpften Budget von 1,1 Millionen Franken erledigt wird und stellt einen entsprechenden Kürzungsantrag um 100 000 Franken.

S. 319	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3141 0000	Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
177.	Antrag Stadtrat	100 000		1 210 000 1 110 000	Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Reduktion auf Budget 2016 muss reichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Die SVP fordert eine Verbesserung um eine Million Franken. In den Antworten des RPK-Tools ist eine Tabelle ersichtlich, wofür Taxifahrten und Transporte für Schülerinnen und Schüler tatsächlich verwendet werden. Hier fällt der Posten «Transporte im Rahmen des Unterrichts Umbau Schulhaus Schauenberg» auf. Die Schüler müssen vom Schulhaus Schauenberg während dem Neubau ins Schulhaus Blumenfeld ausweichen. Die Strecke ist rund 2 Kilometer lang. Es hat zwei Bahnunterführungen. Die Wehntalerstrasse kann ebenfalls unterquert werden. Dann gibt es noch einen Hügel am Anfang beziehungsweise am Ende des Schulwegs. Dennoch setzt man 775 000 Franken für den Transport ein. Man könnte diese Dienstleistung problemlos streichen. Die Schülerinnen und Schüler werden durch die Transporte verwehlicht.

Irgendjemand sagt dann sicherlich wieder, die Schüler seien zu wenig beweglich.

Alan David Sangines (SP): Die Erhöhung ist hauptsächlich auf den Umbau des Schulhauses Schauenberg zurückzuführen. Das Geld fließt wieder zurück, da die Transportkosten von der IMMO zurückerstattet werden. Bei der Rückerstattung hat die SVP allerdings keinen Antrag gestellt, diese zu streichen. Insofern ist der Antrag nicht konsequent. Die Situation ist ähnlich wie beim vorhergehenden Antrag mit den Lehrmitteln. Das Geld wird im Budget ausgegeben, fließt aber wieder zurück.

S. 320	50 5010 3172 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Transporte und übrige Entschädigungen für SchülerInnen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
178.	Antrag Stadtrat				6 999 500	Mehrheit
			1 000 000		5 999 500	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Reduktion der Taxifahrten und Transporte für Schülerinnen und Schüler			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 179.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass hier ein gewisses Sparpotenzial vorhanden ist. Wir wollen jedoch nicht so weit gehen wie die Minderheit. Wir stellen eine massive Erhöhung der Kosten bei den Webseiten der Schulen oder bei der Qualitätsentwicklung der Schulen fest, aber auch bei der Pauschale für Dienstleistung Dritter, die für die Leitung oder die Abteilungen des Schulamts budgetiert wurde und die etwas höher ausfiel als in den letzten Jahren. Wir sind aber klar dagegen, dass wie von der Minderheit gefordert bei Time-Out und Krisenintervention oder Coachings gekürzt wird.

Walter Anken (SVP): Vergleicht man die Ist-Kosten 2015 mit dem Budget 2017, hat das Konto um 1,23 Millionen Franken auf 5,4 Millionen Franken zugenommen. Für die Qualitätssicherung sind 43 000 Franken vorgesehen, für Time-Out-Lösungen 50 000 Franken, für das Coaching allein 211 000 Franken, für die Betreuung 350 000 Franken, für Klassenlager 93 000 Franken, für das Festival Blickfelder 150 000 Franken, und für Theaterpädagogik 352 000 Franken. Für Dienstleistungen Dritter sind 451 000 Franken eingeplant, für den Bereich Senioren und Seniorinnen 92 000 Franken. Am Ende folgen noch 333 000 Franken für Dolmetscher. Ich war immer der Meinung, dass die Kinder in der Schule Deutsch lernen. Wir gehen davon aus, dass man den Betrag um 2 Millionen Franken reduzieren kann. Insbesondere die Drittkosten sind uns ein Dorn im Auge. Es handelt sich dabei um nichts anderes als erweiterte Per-

sonalkosten, wenn man die Aufträge der Mitarbeiter an Externe vergeben will. Ich möchte an dieser Stelle noch einen Spruch anfügen: Sparsamkeit ist die Tochter der Weisheit, die Schwester der Mässigkeit und die Mutter der Freiheit. Es ist bekannt, was Freiheit der SVP bedeutet.

S. 320	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				
			2 000 000		5 413 900
					3 413 900 Minderheit
			180 000		5 233 900 Mehrheit
					Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	SVP: Reduktion bei QEQS, Timeout und Krisenintervention, Coachings, Pauschalen, kein Festival Blickfelder & Restaurantbesuche; SP: Sparpotenzial vorhanden, beispielsweise bei Webseiten oder Qualitätssicherung und Pauschalen		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(5 413 900)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 233 900)	101 Stimmen
Antrag Minderheit	(3 413 900)	<u>22 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 180.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Für Projektbegleitungen und diverse Kleinprojekte wurden neu 75 000 Franken eingestellt. Dies stellt im Vergleich zum Budget 2016 eine Erhöhung von 51 000 Franken dar. Die RPK hält diese Erhöhung für zu hoch, auch wenn neue Projekte vorgesehen sind. Darunter etwa ein Projekt, das die Infrastruktur für eine flächendeckende Einführung von elektronischen Prozessen in der Schule ermöglichen soll, oder das Projekt Verwaltungs- und Behördenentwicklung, das die Ausrichtung der Schulbehördenorganisation anpassen soll, die Organisationsentwicklung für die Heilpädagogische Schule sowie die Neueinstufung Betreuung, die nicht nur Leitungen, sondern sämtliche pädagogisch ausgebildete Funktionen in der Betreuung überprüfen soll. Die RPK will mit ihrem Antrag nicht auf ein spezifisches Projekt abzielen. Sie verlangt

mit der Kürzung von 150 000 Franken eine fokussierte und effiziente Planung und eine defensive Einsetzung von externen Beratungen.

S. 320 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5010 **Schulamt**
3186 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat	150 000		535 200 385 200	Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine Verdreifachung der Kosten für «Projektbegleitung pauschal», Fokussierung auf notwendige Projekte und keine Reserven einplanen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 181.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Die SVP empfiehlt bei den Kulturförderungsbeiträgen eine Reduktion um 150 000 Franken. Der Betrag käme neu bei 285 000 Franken zu stehen. Die Kürzung könnte zum Beispiel um 60 000 Franken beim Schauspielhaus vorgenommen werden. Beim Theater am Neumarkt wären 40 000 Franken zu reduzieren, bei der Museumspädagogik 50 000 Franken.

Alan David Sangines (SP): Die Gelder, die gesprochen werden, basieren auf Leistungsvereinbarungen. Das Theater Neumarkt hat vom Kanton bereits 20 000 Franken weniger erhalten. Das reicht der SVP aber nicht. Sie fordert, dass es im Theater Neumarkt und im Schauspielhaus überhaupt keine Aufführungen mehr gibt. Die Mehrheit lehnt den Kürzungsantrag ab.

S. 322 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5010 **Schulamt**
3652 0000 **Kulturförderungsbeiträge**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
181.	Antrag Stadtrat			435 000	Mehrheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

150 000	285 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
Begründung: Keine Vorstellungen im Schauspielhaus und im Theater Neumarkt, zusätzliche Reduktion bei anderen Posten		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Es geht um die Schulungsbeiträge an private Heime und Sonderschulen. Diese stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zu unserem integrativen Schulmodell. Es wäre interessant, dies sauber auszubreiten und zu diskutieren. Wer sich in die Finanzierung der privaten Heime und Sonderschule hineindenkt, verliert sich rasch in kantonalen und anderen Reglementen und Vorgaben, dass 2017 nicht alle Investitionen getätigt werden müssen. Die interessante Frage ist im integrativen Schulmodell, welche Kinder in den Regelklassen integrativ gefördert werden und welche Kinder die Sonderschulen besuchen. Ich wollte dieses Mal darauf verzichten, konkrete Beispiele zu nennen. Man sollte aber durchaus wissen, dass integrative Förderung bedeuten kann, dass normale Schüler lernen, wie man adäquat eine Schere hält oder den Buchstaben R korrekt rollt. Es gibt Kinder, die eigentlich in die integrierte Schule gehören, aber Sonderschulen besuchen. Das System wird unterminiert, nachdem man die eigenen Sonderklassen abgeschafft hat. Es wäre richtig, dass weniger Kinder in die privaten Sonderschulen geschickt würden und man mehr Kinder in den Regelklassen behalten würde und die Kinder dort von der integrativen Förderung profitieren könnten anstatt dass man die integrative Förderung für Sonderprobleme wie die vorhin erwähnten einsetzt. Wir entschuldigen uns dafür, dass die schriftliche Begründung etwas kurz ausfiel.*

Alan David Sangines (SP): *Die nun vorgetragene Begründung hat tatsächlich mehr Fleisch am Knochen als die schriftliche Begründung. Die Diskussion, ob es zu viele Einweisungen in die Heime und Sonderschulen gibt, führen wir in der Budgetdebatte jedes Jahr. Aus Effizienzgründen verzichte ich darauf, auf die genannten Beispiele einzugehen. Wir können die Debatte im Rahmen eines Postulats führen.*

S. 322	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3660 0130	Schulungsbeiträge an private Heim- und Sonderschulungen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
182.	Antrag Stadtrat				
					47 748 700 Mehrheit
			4 700 000		43 048 700 Minderheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Tiefere Beiträge auszahlen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 183.

S. 325	50 5026 3010 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Musikschule Konservatorium Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
183.	Antrag Stadtrat				3 725 400	Mehrheit
			360 000		3 365 400	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Zurück auf Budget 2016			

Christian Huser (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Es geht um das Konto Entschädigungen an VikarInnen. In der Musikschule Konservatorium Zürich, die von 23 000 Schülerinnen und Schüler besucht wird, unterrichten über 600 Musiklehrerinnen und Musiklehrer verteilt auf über 100 Schulhäuser. Ich hätte mir diese musikalische Ausbildung in meiner Kindheit im Emmental auch gewünscht. Es ging aber auch ohne. Wir schlagen eine Reduktion von 300 000 Franken vor. Neu würde der Betrag bei 870 000 Franken zu stehen kommen. Wir haben bei der Musikschule bereits heute sehr hohe Kosten. Es fand ein Ausbau des Lehrpersonals für 700 000 Franken statt. Aufgrund dieses Ausbaus kann davon ausgegangen werden, dass entsprechend weniger Vikarinnen und Vikare benötigt werden. Wir wollen ein Kostenmanagement. Die Musikschule sollte unserer Meinung nach künftig nur noch Hochbegabte fördern. So könnte man das Angebot entsprechend reduzieren.*

Alan David Sangines (SP): *Die Budgetierung entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre. Der budgetierte Betrag liegt zudem unter den effektiven Ausgaben im Jahr 2015. Aus dieser Sicht lehnt die Mehrheit die Kürzung ab.*

S. 325	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5026	Musikschule Konservatorium Zürich				
	3029 0000	Entschädigungen an VikarInnen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
184.	Antrag Stadtrat				1 170 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			300 000		870 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Vergaben an Vikare reduzieren, Angebot verknapfen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 185.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Es geht um einen sehr bescheidenen Betrag von 2500 Franken, den wir gerne streichen möchten. Wir haben den Eindruck, dass es in diesem Fall keine Personalwerbung braucht. Es ist genügend Personal vorhanden. Von 2013 bis 2015 haben sich die Kosten halbiert. Man kann somit problemlos auf die 2500 Franken verzichten. Mit dem geringen Betrag kann ohnehin nicht viel unternommen werden.*

Alan David Sangines (SP): *In der schriftlichen Begründung schreibt die SVP, die Personalwerbung sei nicht nötig, da der Personalbestand reduziert werden soll. Dies hat eine gewisse Logik. Doch die SVP hat bei Antrag 183 ihren Minderheitsantrag zur Reduktion des Personalbestands zurückgezogen. Aus dieser Sicht müsste sie den aktuellen Antrag konsequenterweise ebenfalls zurückziehen. Wir sind konsequent und sagen: Wenn der Personalbestand nicht reduziert wird, ist die Personalwerbung gerechtfertigt budgetiert.*

S. 325	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5026	Musikschule Konservatorium Zürich				
	3092 0000	Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
185.	Antrag Stadtrat				10 500 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			10 500		0 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Personalwerbung nicht nötig, da Personalbestand reduziert werden soll

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 186.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir möchten auf dem Konto «Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit» die Einstellung des Kundenmagazins verlangen. Dies würde genau den 45 000 Franken entsprechen, um die wir das Budget auf 0 Franken reduzieren möchten. Man kann Public Relations heutzutage über Webseiten wesentlich günstiger und mindestens so effektiv erstellen.

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit ist nicht der Meinung, dass das Kundenmagazin gestrichen werden sollte.

S. 325	50 5026 3107 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Musikschule Konservatorium Zürich Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
186.	Antrag Stadtrat				45 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			45 000		0 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Einstellung des Kundenmagazins, PR via Webseite sicherstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 187.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Bei diesem Konto geht es um die Anschaffung eines Fahrzeugs von 42 000 Franken. Wir beantragen, die 42 000 Franken zu streichen und das Budget auf 0 Franken zu setzen. Der Fahrzeugkauf ist nicht nötig. Es ist auch nicht klar, wie das Handling mit den 150 verschiedenen Standorten funktionieren soll. Je nachdem, wo das Fahrzeug steht, hat man ein Problem, wenn man von Standort X zum Standort Y fahren will. Heute haben wir die Möglichkeit, diese Fahrzeuge über Mobility zu organisieren. Das ist sehr einfach und das Problem des Parkplatzes ist ebenfalls gelöst. Die Standkosten fallen weg, denn das Fahrzeug wird nur dann genutzt, wenn man es wirklich be-

nötigt.

Alan David Sangines (SP): *Der beste Beweis, dass der Kauf eines Autos wirklich nötig ist, ist, wenn SP und Grüne sich für den Kauf aussprechen. Die Verwaltung konnte uns nachvollziehbar darlegen, dass sie auf das Transportfahrzeug angewiesen ist. Es wurde in den vergangenen Jahren rege benutzt. Am Schluss fällt der Kauf dieses Autos günstiger aus, als wenn man es weiterhin mieten würde. Da es um den Transport von Gütern geht, greift das Beispiel mit Mobility zu kurz, insbesondere hinsichtlich der Standorte. Am Ende würde es teurer werden. Deshalb stimmt die rot-grüne Mehrheit für den Autokauf.*

S. 325	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5026	Musikschule Konservatorium Zürich			
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
187.	Antrag Stadtrat			42 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		42 000		0 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Verzicht auf Kauf eines Transportwagens			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 188.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): *Auch hier geht es um die Anschaffung von Mobilien. Wir sind auch hier der Meinung, dass Sparpotenzial vorhanden ist. Ich erwähne nochmals das Beispiel der Sofas. Wir möchten hier 100 000 Franken einsparen.*

Alan David Sangines (SP): *Die Musikschule verzeichnet mehr Schülerinnen und Schüler. Das führt dazu, dass mehr Instrumente benötigt werden. Die Verwaltung hat uns dargelegt, dass der grösste Teil der Kosten auf diesem Konto für Instrumente und Zubehör für den Unterricht, das Klassenmusizieren und den Gruppenunterricht anfallen. In den vergangenen Jahren hat der Gemeinderat das Konto bereits um 50 000 Franken gekürzt. Dieses Mal sollen es 100 000 Franken sein. Diese Kürzung wäre sehr radikal. Damit hätte man weniger Geld für Instrumente zur Verfügung als 2015, 2014 und 2013. Dem heftigen Kürzungsantrag fehlt das Augenmass. Er ist abzulehnen.*

S. 325 **50**
5026
3119 0000

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Musikschule Konservatorium Zürich
Anschaffungen übrige Mobilien

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
188. Antrag Stadtrat			437 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	100 000		337 000 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Zurückhaltung bei der Anschaffung von Mobilien

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 132, Beschluss-Nr. 2529/2016).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3536. 2016/450

Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 14.12.2016:
Umbau der Rötel- und Bucheggstrasse beim Bucheggplatz, Optionen bei einer Aufhebung der Rampe auf der Südseite der Bucheggstrasse sowie bei einem gemeinsamen integrierten Strassenprojekt mit der Baugenossenschaft Waidberg

Von Hans Jörg Käppeli (SP) ist am 14. Dezember 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat hat soeben ein Projekt für den Umbau der Rötel- und Bucheggstrasse beim Bucheggplatz gemäss §13 öffentlichen aufgelegt. Das Projekt für eine bessere Veloinfrastruktur und die behindertengerechte Gestaltung der Bushaltestelle «Lägernstrasse» sieht umfangreiche und kostenintensive bauliche Massnahmen vor.

Auffällig am Projekt ist der Umstand, dass der Rampenaufgang aus der aufgehobenen Personenunterführung weiterhin belassen werden soll. Das führt zu einem mangelhaften Projekt und erhöht die Kosten.

Im Weiteren wurde die im Bau befindliche Überbauung der Baugenossenschaft Waidberg (BG Waidberg) nicht berücksichtigt. Insbesondere fand keine Abstimmung des Strassenprojektes mit der Umgebungsgestaltung der BG Waidberg statt. Es wurden Chancen für ein besseres Projekt und Synergien für ein kostengünstigeres Projekt vertan. Ein integriertes Projekt würde weniger Fläche beanspruchen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Könnte nicht ein besseres und schlankeres Projekt erstellt werden, wenn die Rampe auf der Südseite, entlang der Bucheggstrasse, nicht mehr vorhanden wäre? Wurde diese Option im Rahmen der Projek-

tierung geprüft? Was waren die Gründe eine solche Variante zu verwerfen, bzw. gar nicht erst zu prüfen?

2. Wurde nicht versucht mit der BG Waidberg ein gemeinsames, integriertes Projekt für die Fussgängerbereiche und die Umgebungsgestaltung zu erarbeiten? Falls nein, wieso nicht? Was waren die Erkenntnisse?
3. Wann wurde die Personenunterführung erstellt? Welche Funktionen hat sie heute noch? Bitte zwischen temporären (Zwischennutzung) und langfristigen Nutzungen unterscheiden.
4. Kann die Rampe nicht ersatzlos aufgehoben werden? Welche differenzierte Konsequenzen hätte die Aufhebung bzw. welche Ersatzmassnahmen wären nötig?
5. Wann sind an der Personenunterführung Erneuerung- und Werterhaltungsinvestitionen nötig? Mit welchen Aufwendungen ist zu rechnen? Wie hoch sind die aktuellen jährlichen Betriebskosten?
6. War die Beachtung der Baulinien Grund für die Ausprägung des vorliegenden Projektes? Aufgrund der in Ausführung befindlichen Überbauung der BG Waidberg ist offensichtlich, dass diese Baulinien seitens der BG für Generationen nicht mehr beansprucht werden. Könnten die Baulinien in diesem Fall - ohne wirtschaftliche Nachteile für die BG - weiter ins Grundstück verlegt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2016, 14 Uhr.